

Entschließungsantrag **der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Zu der vereinbarten Debatte über Extremismus und Gewalt

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag verurteilt aufs schärfste die Gewalttätigkeiten gegen ausländische Mitbürger und Asylbewerber sowie rassistische und antisemitische Übergriffe. Sie sind ein Anschlag auf den inneren Frieden und den freiheitlichen Rechtsstaat. Wir Deutsche wissen aus unserer Geschichte, daß Extremismus, Haß und Gewalt immer ins Unglück führen. Jeder und jede ist aufgerufen, sich nicht nur von Gewalt zu distanzieren, sondern auch durch persönliches Engagement dazu beizutragen, daß Gewalttätern in unserer Gesellschaft der Boden entzogen wird.

Ebenso entschieden wie die Anwendung von Gewalt verurteilt der Deutsche Bundestag alle extremistischen Aktivitäten.

Menschen dürfen in Deutschland niemals wieder ausgegrenzt, verteufelt und zu Haßobjekten gemacht werden.

Wehret den Anfängen!

Der Deutsche Bundestag fordert alle politisch Verantwortlichen auf, gewalttätige Rechtsbrecher entschieden zu bekämpfen.

Der Schutz jedes in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Menschen und die Anwendung des staatlichen Gewaltmonopols sind jetzt die dringlichsten Aufgaben der Polizei und der Gerichte.

Polizei und Strafjustiz sollen endlich diese Aufgaben verantwortlich und konsequent wahrnehmen. Ihre notwendige und erforderliche Unterstützung liegt im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger.

Bonn, den 8. Oktober 1992

Werner Schulz (Berlin) und Gruppe

